

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach 120438  
Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 pbbn c

## Inhalt

Dietrich Sperling MdB schlägt vor, Bauminister Schneider einen "Oscar" zu stiften: Minister konfus. Seite 1

Paul Neumann MdB würdigt den verstorbenen Hermann Schmidt (Würgendorf): Einen guten Freund verloren. Seite 2

Klaus Daubertshäuser MdB fragt, was Dollinger den Autofahrern noch alles zumuten will: TÜV-Gebührenerhöhungen bis zu 120 Prozent. Seite 3

Heinz Kreutzmann MdB spricht sich für einen diskussionswürdigen Vorschlag aus: Gesprächsforum für Deutschlandspolitik. Seite 4

Ernst Piehl zum zehnten Jahrestag der Gründung des Europäischen Gewerkschaftsbundes: Mit einer Aktionskampagne im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Seite 5

### Dokumentation

SPD-Kanzlerkandidat Hans-Jochen Vogel auf der SPD-Sonderkonferenz für Arbeitnehmer: Zur Erhaltung ihrer Macht ist der Union fast jedes Mittel recht. Seite 7

38. Jahrgang / 30 / 11. Februar 1983

Minister konfus

-----  
Einen Oscar für Oscar

Von Dr. Dietrich Sperling MdB  
Parlamentarischer Staatssekretär a.D.

Minister Schneider ist ein beispielhafter Satz gelungen:

"Minister Schneider unterstrich, daß wirtschaftlich notwendige und maßvolle Mietsteigerungen einerseits nur dann glaubhaft begründet werden könnten, wenn auf der anderen Seite mögliche Entlastungsspielräume zugunsten des Mieters auch genutzt würden." (Zitat aus der Pressemitteilung 6/83 des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau)

Was heißt das? Mieten sollen gesenkt werden, damit die Erhöhungen glaubhafter werden. Das macht natürlich keinen Sinn, denn es ist Unsinn.

Es kennzeichnet die Konfusion, in die sich Minister Schneider mit seiner übereilten Mietrechtsgesetzgebung begeben hat. Er appelliert an Vermieter, Möglichkeiten zur Senkung von Mieten zu prüfen, damit die Mieterhöhungen glaubhafter werden.

Man sollte in der deutschen Politik einen "Oscar" einführen: Eine jährliche Auszeichnung für den konfusesten Bundesminister.

Oscar Schneider wäre ganz sicher der erste Oscar-Preisträger in der deutschen Politik. (-/11.2.1983/vo-he/ca)

+ + +

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (0228) 812-1

Veranstalter: USAP 2  
Lithographische Reproduktion  
Rechtlich Freie



## Einen guten Freund verloren

Zum Tode von Hermann Schmidt (Würgendorf)

Von Paul Neumann (Stelle) MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Erschütterung erhielten die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion - vor allem aber die Mitglieder ihrer Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen - Nachricht vom Tode ihres Kollegen, des Bundestagsabgeordneten Hermann Schmidt (Würgendorf).

Mit Hermann Schmidt (Würgendorf) hat die SPD-Bundestagsfraktion einen Abgeordneten verloren, der schon vor 1933 aktiv im Reichsbanner und in der Arbeitersportbewegung tätig war.

Nach dem Zusammenbruch begann er sofort nach seiner Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft neben seiner beruflichen Tätigkeit als Geschäftsführer der "Westfälischen Rundschau" in Siegen mit seiner parteipolitischen Tätigkeit in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Zunächst als Vorsitzender der SPD im kleinen Würgendorf, wenige Jahre später als Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Siegen-Wittgenstein.

Bald wurde er von der Kommunalpolitik gefangenengenommen, eine Tätigkeit, die ihn bis zu seinem Tode nicht losließ. Auch dann nicht, als er Abgeordneter des Nordrhein-Westfälischen Landtages (1950 bis 1961) und des Deutschen Bundestages (seit 1961) war: Seit 1948 hat unser Freund Hermann Schmidt (Würgendorf) an der Basis, hautnah für seine Mitbürger gearbeitet. Zunächst als Gemeinde- und Amtsvertreter, aber zugleich auch als Kreistagsabgeordneter.

Mehr als 22 Jahre war er Landrat des Kreises Siegen. Dort fühlte er sich am wohlsten - als Landrat seines Kreises, dessen Bürgerinnen und Bürger ihm am nächsten standen. Und die Bürgerinnen und Bürger des Kreises Siegen dankten ihm für seine Arbeit: 1980 wählte jeder zweite Wähler Hermann Schmidt (Würgendorf) in den Bundestag. Über die Parteigrenzen hinweg hatte er das Vertrauen seiner Mitbürger, die mit der SPD - in Bonn und in Siegen - nun um einen verdienten Mann trauern. Ob es sich dabei um die Arbeiter und Angestellten der Siegener Stahlwerke, wo Hermann Schmidt seit 1952 arbeitete, zuletzt als Prokurist, oder um die Bauern und Handwerker des Kreises Siegen handelt; alle konnten in unserem Freund und Mitstreiter Hermann Schmidt ihren Abgeordneten sehen.

Dieser Abgeordnete war aber nicht nur kommunalpolitisch und bundespolitisch tätig; auch in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates und der Versammlung der WEU sowie der Nordatlantischen Versammlung war er aktiv tätig. Im Bundestag war er von 1973 bis 1975 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, anschließend bis Dezember 1975 Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium der Verteidigung.

Hermann Schmidt (Würgendorf) wird uns in allen Funktionen, die er jemals ausübte, stets als ein zuverlässiger, hilfsbereiter und auf vielen Gebieten sachkundiger Kollege in Erinnerung bleiben. An viele gemeinsame Aktionen werden sich vor allem die SPD-Abgeordneten in der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen erinnern, bei denen Hermann Schmidt (Würgendorf) nicht nur als passiver Teilnehmer, sondern immer aktiv beteiligt war.

Bei Neuwahlen am 6. März wollte Hermann Schmidt, der am 6. Februar seinen 66. Geburtstag feierte, nicht mehr kandidieren - er wollte nur noch für seinen Kreis Siegen als Landrat tätig sein.

Dies ist ihm nicht mehr vergönnt. Mit Hermann Schmidt (Würgendorf) verlieren die Sozialdemokraten in Bonn und in Siegen einen guten Kollegen und Genossen, den sie nicht so schnell vergessen werden. Er hat sich nicht nur um seinen Wahlkreis und seine Bürger, sondern auch darüber hinaus verdient gemacht.

Vor allem die Mitglieder der Arbeitsgruppe Sicherheitsfragen der SPD-Bundestagsfraktion und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter trauern mit seiner Familie - sie haben einen guten Freund verloren.



TÜV-Gebührenerhöhung bis zu 120 Prozent . . .

Was will Dollinger den Autofahrern noch alles zumuten?

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Nun ist also die Katze aus dem Sack: Schon seit der Jahreswende liegt auf dem Tisch von Verkehrsminister Dollinger ein Antrag der Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine e.V. zur Gebührenerhöhung. Schnellstmöglich sollen auch den Vorstellungen des VdTÜV die Gebühren für Maßnahmen im Straßenverkehr - also die TÜV-Gebühren - pauschal um 8,4 Prozent erhöht werden. Was aber eher noch schwerer wiegt und die Autofahrer beunruhigen wird, sind die Forderungen nach strukturellen Erhöhungen verschiedener einzelner Gebühren um bis zu 120 Prozent.

Ein solches Ansinnen ist eine einzigartige Zumutung an die Millionen Autofahrer und Motorradfahrer in unserem Land. Die letzte Erhöhung der TÜV-Gebühren um rund zehn Prozent liegt noch kein Jahr zurück (sie erfolgte zum 1. 2. 1982) und schon wieder sollen beispielsweise

- die Gebühren für eine Führerscheinprüfung Klasse 3 von DM 55,- auf DM 81,- steigen,
- die Gebühren für eine Fahrerlaubnis zur Fahrgastbeförderung in Kraftomnibussen von DM 82,- auf DM 157,- steigen,
- der allgemeine Stundensatz der TÜV-Prüfer von DM 49,50 auf DM 88,- erhöht werden.

Derartige Beispiele für Erhöhungsabsichten gibt es viele im Hause Dollinger. An der Spitze dieser Skandalliste steht das Ansinnen, für die regelmäßige Überprüfung von Krafträdern nach § 29 StVZO künftig dieselben Gebühren zu verlangen wie für die Pkw-Untersuchung - eine Steigerung um 120 Prozent.

Der Vereinigung der Technischen Überwachungsvereine ist es nicht zu verdenken, daß sie die Chance eines schwachen Übergangsministers Dollinger ergreifen, um ihr finanzielles Schäfchen noch schnell ins Trockene zu bringen. Minister Dollinger muß sich aber fragen lassen:

- Wie vertragen sich solche Erhöhungsabsichten mit den ständigen Appellen der Rechtskoalition zum Maßhalten? Gilt dies etwa nicht für staatliche Gebühren?
- Was will er einem Arbeitnehmer sagen, der 1983 nicht einmal die Sicherung seines Reallohns erwarten kann, für TÜV-Gebühren aber pauschal 8,4 Prozent mehr (und in zahlreichen Einzelfällen noch viel darüber hinaus) bezahlen soll?
- Was gilt eigentlich im Bundesverkehrsministerium als Maxime: keine zusätzlichen Gebührenerhöhungen oder Schröpfen der Auto-/Motorradfahrer auf Teufel-komm-raus?

Minister Dollinger muß jetzt in der Sache eindeutig Stellung beziehen. Der einfache und beinahe aus Ausflucht zu wertende Hinweis, der Antrag sei hinsichtlich Zeitpunkt des Inkrafttretens sowie der Höhe der Anhebung nicht realistisch, ist völlig unzureichend. Und der Minister komme uns bitte nicht mit fadenscheinigen Hinweisen und Ankündigungen von Gesprächen in irgendwelchen Fachgremien. Wir wollen von ihm konkret wissen, was er wirklich den Auto- und Motorradfahrern zumuten will. Die deutschen Autofahrer haben ein Anrecht, dies noch vor dem 6. März 1983 zu erfahren. Danach könnte es nämlich leicht sein, daß die Meinung von Herrn Dollinger nicht mehr von Bedeutung ist.  
(-/11.2.1983/bgy/ca)

+ + +



## Gesprächsforum zur Deutschlandpolitik

Ein Vorschlag, der es wert ist, intensiv diskutiert zu werden

Von Dr. Heinz Kreutzmann MdB

Der Obmann der SPD-Bundestagsfraktion im Innerdeutschen Ausschuß, Hans Büchler (Hof), hat kürzlich einen Vorschlag gemacht, der mehr Beachtung verdiente, als er erhalten hat. Büchler regte an, einen Gesprächskreis zu schaffen, in dem sich Politiker, Wissenschaftler der deutschlandpolitischen Forschung, Publizisten, Gewerkschafter und engagierte junge Menschen zu deutschlandpolitischen Diskussionen zusammenfinden sollten. Zwar hat auf diesem Gebiet das Kuratorium "Unteilbares Deutschland" mit seinem historisch-politischen Arbeitskreis bisher schon beachtliches geleistet, zwar gleicht dieser Arbeitskreis auch in seiner personellen Zusammensetzung dem, was Büchler vorschwebt, bisher ist es jedoch nicht gelungen, den Charakter der Exklusivität zu durchbrechen, der ihm anhängt. Büchlers Vorschlag, in ein solches Forum auch in stärkerem Maße Publizisten und Journalisten, Männer der Praxis, einzubeziehen, ist sicherlich nicht nur von dem begrüßenswerten Wunsch nach mehr Breitenwirkung bestimmt. Ihm geht es vor allem darum, ein solches Forum nicht nur zu einer Stätte der Forschung und des abstrakten Vergleiches zu machen. Er will etwas bewegen, die Dinge in Fluß bringen.

Dabei wäre es sicherlich von Nutzen, wenn zu einem solchen Forum auch Wissenschaftler, Künstler und last noch least auch Politiker aus der DDR selbst als Gastreferenten eingeladen würden. Berührungspunkte, die es früher da und dort gab und heute auch noch geben mag, sollte man dabei aus dem Spiele lassen. Wir sollten allmählich genug Selbstvertrauen in unsere demokratischen Überzeugungen und in das Wissen weiter Kreise der Bevölkerung über den anderen deutschen Staat aufbringen, um ohne Furcht in solche Debatten zu gehen.

Die Nützlichkeit eines solchen erweitertenremiums kann ohnehin niemand in Frage stellen. Bisher hat die neue Bundesregierung weder ein klares Konzept ihrer künftigen Deutschlandpolitik vorgelegt noch erkennen lassen, was sie an vordringlichen Verhandlungsproblemen sieht. Das mag man im Augenblick noch mit den Wahlen am 6. März entschuldigen, danach muß aber deutlich werden, wohin die Fahrt gehen soll. Mit Zwecknachrichten von angeblichen Weisungen der Sowjetunion über ein Offenhalten der Tür der DDR zur Bundesrepublik, ist es hier nicht getan. Schon zeigt sich da und dort, daß entgegen diesen Berichten sich im Augenblick in den deutsch-deutschen Beziehungen sehr wenig tut. Ja, was weit schlimmer ist, manches sogar klemmt. Ein solches Gesprächsforum, wie es Büchler vorschlug, hätte also schon eine Funktion zu erfüllen: Es könnte eine Diskussion auf beiden Seiten in Gang bringen, die manche Perspektiven eröffnen könnte, die uns ansonsten verschlossen bleiben. (-/11.2.1983/h1/ca)

+ + +



Zehn Jahre Europäischer Gewerkschaftsbund (EGB)

Mit einer Aktionskampagne im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Von Ernst Piehl

Deutscher Sekretär im Europäische Gewerkschaftsbund

Der Europäische Gewerkschaftsbund begeht seinen zehnjährigen Geburtstag im Februar 1983 nicht mit einem Festakt im Kongreßpalast, sondern mit einer Demonstration von 2.000 Gewerkschaftsdelegierten am 11. Februar im Zentrum Brüssels. Diese Delegierten vertreten 43 Millionen Arbeitnehmer, die den 34 Mitgliedsbünden in 19 Ländern Westeuropas angeschlossen sind. Der Organisations- und Tätigkeitsbereich des EGB umfaßt nicht nur die zehn Länder der Europäischen Gemeinschaft, sondern neun weitere Länder von Island bis Zypern. An Aufgaben und Arbeit mangelt es dem EGB nicht:

- Seine erste Haupttätigkeit besteht in dem täglichen Informations- und Erfahrungsaustausch, wobei mit vier Arbeitssprachen Kollegen mit fünfzehn verschiedenen Muttersprachen erreicht werden müssen (dabei sind regionale Sprachen nicht mitgerechnet).
- Der EGB hat als zweite Priorität, die nationalen Politiken seiner Mitgliedsbünde auf europäischer Ebene zu koordinieren und vor allem gegenüber den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft sowie gegenüber dem europäischen Unternehmerverband in Brüssel die Interessen der Arbeitnehmer zur Geltung zu bringen.
- Drittens sind die programmatischen Vorstellungen in einigen wichtigen Bereichen, wie Beschäftigungsprogramme, Arbeitszeitverkürzung und Demokratisierung der Wirtschaft, vereinigt worden und es finden europaweite Kampagnen zu ihrer Durchsetzung statt.

Bei der gegenwärtigen Aktionskampagne des EGB, die der EGB seit Jahresbeginn in direkten Spitzengesprächen sowohl mit den Staats- und Regierungschefs von Mitterrand bis Kohl sowie mit Oppositionspolitikern wie Hans-Jochen Vogel als auch mit den Präsidenten der europäischen Institutionen vertritt, stehen folgende Forderungen im Mittelpunkt:

- eine auf Arbeitsplatzschaffung ausgerichtete Investitionspolitik, wobei neue öffentliche Investitionsprogramme von mindestens einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts in den Bereichen Verkehr, Telefon- und Fernmeldewesen, Stadtanierung und so weiter private Investitionstätigkeit anregen werden;
- spürbare Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Hauptaugenmerk auf der 35-Stunden-Woche, damit der Umfang der zur Verfügung stehenden Arbeit gerechter verteilt wird; dazu



muß auf europäischer Ebene ein politisches Rahmeninstrument geschaffen werden, welches den nationalen, sektoriellen, regionalen oder betrieblichen Verhandlungen simultane Orientierungen gibt;

- die Kaufkraft der Arbeitnehmer ist zu erhalten und ihr sozialrechtlicher Schutz weiterzuentwickeln;
- die Wirtschaft ist zu demokratisieren, wobei die Rechte der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften auf mehr Information, Konsultation und Mitbestimmung wichtige Etappen sind; beim exemplarischen Kampf um die bekannte "Vredeling-Richtlinie" ist, trotz vieler Anfeindungen seitens der kapitalfreundlichen Kräfte beiderseits des Atlantik, das verbindliche Rechtsinstrument für die Arbeitnehmer in multinationalen Konzernen genauso wie in nationalen Unternehmen anerkannt worden.

Diese und andere wichtige Forderungen sind angesichts der Widerstände seitens der europäischen Unternehmerverbände und von der Mehrheit der amtierenden Regierungen nur bei anhaltendem Druck seitens der Gewerkschaften und ihrer politischen Verbündeten in Europa durchzusetzen.

Die anhaltende Wirtschaftskrise mit Tendenzen zum nationalen Protektionismus auch in der Arbeitnehmerschaft und die ständig zunehmende Arbeitslosigkeit, die bereits die 18-Millionen-Marke in Westeuropa überschritten hat, schaffen keine günstigen Bedingungen für europäische Gewerkschaftserfolge.

Die zehnjährige Arbeit des Europäischen Gewerkschaftsbundes und wohl auch die Erfolglosigkeit der verschiedenen nationalstaatlichen Politiken gegenüber der Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit haben zumindest die Bereitschaft erhöht, die Forderungen der europäischen Gewerkschaftsbewegung genau anzuhören und gemeinschaftlich zu erörtern: Am 21. März, an dem der nächste Gipfel der Staats- und Regierungschefs und gleichzeitig ein gewerkschaftlicher Gipfel in Brüssel tagen, werden gemeinsame Treffen stattfinden auf Einladung des amtierenden Ratspräsidenten, gleich ob er Kohl oder Vogel heißen wird. (-/11.2.1983/bgy/oa)

+ + +



Dokumentation

Der SPD-Kanzlerkandidat Dr. Hans-Jochen Vogel hat auf der SPD-Sonderkonferenz für Arbeitnehmer am 11. Februar 1983 in Bonn folgende Rede gehalten:

Zur Erhaltung ihrer Macht ist der Union fast jedes Mittel recht

Die Union hat geglaubt, dieser Wahlkampf sei für sie ein Spaziergang. Spätestens seit den Hamburger Wahlen weiß sie, daß sie sich geirrt hat. Daß die Sozialdemokratische Partei von Neuem Tritt gefaßt, ihre Reihen geschlossen und sich in einem Maße engagiert hat, das selbst ihre Freunde überschätzt. Die Union spürt, daß ihr die Macht, die sie im Herbst durch den Wortbruch Hans-Dietrich Genschers erlangt hat, wieder zu entgleiten droht. Deshalb führt sie den Wahlkampf seit Beginn dieses Jahres mit hemmungsloser Härte. Zur Erhaltung ihrer Macht ist ihr fast jedes Mittel recht. Da bezeichnet der Generalsekretär der Union uns Sozialdemokraten als Verbrecher. Da ist das Wort Lüge im Munde der Unionspolitiker eine Alltagsfloskel. Da werde ich abwechselnd als Handlanger, Kandidat oder als Agent Andropows beschimpft. Da wird der Gegner planmäßig zum Feind gemacht und eine Stimmung geschürt, die jeden Augenblick in Haß umschlagen kann. Vergessen wir nicht: Wenn Menschen von Mitgliedern einer Regierung als Verbrecher bezeichnet werden, können andere bald auf den Gedanken kommen, diese Menschen müßten früher oder später auch wie Verbrecher behandelt werden.

Wir Sozialdemokraten haben all dem unsere Gelassenheit und unseren festen Willen zur Fairness entgegen gesetzt. August Bebel hat einmal gesagt: Unsere Gegner werden an unserer Gesetzlichkeit zuschanden werden. Wir sagen: Unsere Gegner werden an unserer Gelassenheit und an unserer Festigkeit, an unserer politischen Reife und Kultur zuschanden werden. Wir haben uns nicht provozieren lassen und wir werden uns auch in Zukunft nicht provozieren lassen.

Jetzt allerdings hat die Auseinandersetzung eine neue Qualität erreicht. Die Union hat zu einem neuen Mittel gegriffen. Sie verleumdet nicht nur, sie droht jetzt auch. Sie droht, es werde zu Investitionsverweigerungen und zur Kapitalflucht kommen, wenn sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes in freier Wahl mit Mehrheit für uns, für die Sozialdemokraten, entscheiden. Sie redet damit dem politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht das Wort.

Da genügt Gelassenheit nicht mehr. Da ist Widerstand das Gebot der Stunde und deshalb haben wir Euch zusammengerufen. Wir sagen der Union ruhig, aber in allem Ernst: Bis hierher und nicht weiter! Und wir fügen hinzu: Die deutschen Arbeitnehmer lassen sich nicht erpressen. Sie sind nicht wehrlos. Sorgt dafür, daß diese schlimme Drohung auf ihre Urheber zurückfällt, daß die, die so reden, am 6. März 1983 ihre Quittung erhalten, die Quittung mit dem Stimmzettel!

Und Kapitalflucht? Auch das ist Panikmache aus durchsichtigen Gründen. Ich zitiere das Handelsblatt in seiner heutigen Ausgabe. Dort heißt es in fettgedruckter Überschrift: "Von Kapitalflucht kann keine Rede sein". Wenn Herr Stoltenberg und andere trotzdem dieses Gespenst an die Wand malen, dann handeln sie verantwortungslos. Und wenn sich Herr Genscher in der heutigen Bildzeitung zu der Behauptung versteigt, die SPD wolle die Urlaubsreisen rationieren, dann kann man nur sagen, wie tief ist dieser Mann gesunken, wie stark sitzt ihm die Angst im Nacken, daß er zu puren Erfindungen seine Zuflucht nimmt. Ich bin kein Freund starker Worte, aber hier kann man nur sagen: Herr Genscher, Sie sagen bewußt die Unwahrheit.

Worum geht es wirklich? Es geht darum, daß die Zahl der Arbeitslosen bis Ende Januar 1983 auf nahezu 2,5 Millionen gestiegen ist. Sie hat damit den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik erreicht. Das ist ein Alarmsignal ersten Ranges. Seit dem Amtsantritt der Übergangsregierung Kohl sind in vier Monaten nahezu 700.000 Arbeitslose hinzugekommen. Die Herren Kohl und Genscher haben behauptet, der Sturz Helmut Schmidts und die Wahl Helmut Kohls zum Bundeskanzler sei die beste Beschäftigungspolitik. Sie werde die Arbeitslosigkeit dämpfen. Heute müssen die Arbeitnehmer diese Phrase geradezu als Hohn empfinden. Herr Kohl hatte kein Konzept als er sein Amt antrat. Und er hat es bis heute noch nicht. Er hat seine Zuschauerrolle nie aufgegeben. Er wartet auf die sogenannten Selbstheilungskräfte des Marktes. Dabei darf es nicht bleiben. Schon zu Brünnings

Zeiten sind die sogenannten Selbstheilungskräfte der Wirtschaft als das Heilmittel gegen die Arbeitslosigkeit beschworen worden. Eine immer weiter wuchernde Arbeitslosigkeit hat uns schon einmal ins Unglück gestürzt. Sicher sind heute die materiellen Folgen der Arbeitslosigkeit durch das soziale Netz gemildert, aber die Massenarbeitslosigkeit bleibt dennoch eine schwere moralische, politische und soziale Herausforderung. Und die Fähigkeit der Demokratie zu ihrer Überwindung harret noch der vollen Bewährung.

Herr Kohl hat die Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht erkannt. Er behauptet aus durchsichtigen Gründen, sie sei durch die in der Regierungszeit von Helmut Schmidt aufgenommenen Staatskredite und durch die Höhe der sozialen Leistungen verursacht. Das ist falsch und irreführend.

Wer aber die Ursachen der Krise nicht erkennt, der kann auch nichts zu ihrer Überwindung tun. In Wahrheit haben wir es mit einer weitweiten Veränderung der Produktions- und Nachfragestrukturen und mit den Folgen einer Produktivitätssteigerung zu tun, die den Bedarf an Arbeitskräften nachhaltig vermindert.

Die Antwort der Sozialdemokraten auf diese Herausforderung lautet: Schluß mit der monetaristischen Politik weltweiter Geld- und Nachfrageverknappung. Abwehr des Protektionismus, der weltweit um sich greift. Konkrete Schritte, um den gewaltigen Bedarf der Dritten Welt nachfragewirksam werden zu lassen.

Willy Brandt und die Nord-Süd-Kommission haben dazu erst in den letzten Tagen wieder konkrete Vorschläge gemacht und dringend zum Handeln gemahnt. Manche meinen, das sei illusionär. Dafür seien Beträge im Volumen des seinerzeitigen Marshallplans nötig. Nun gut.

Aber die Frage ist doch erlaubt: Wissen wir eigentlich, daß wir mehrere Marshallpläne finanzieren könnten, wenn die beiden Militärbündnisse NATO- und Warschauerpakt im Gleichgewicht auch nur auf einen Teil ihrer Rüstungsausgaben verzichten würden?

Im nationalen Bereich brauchen wir: Pflégliche Behandlung der Massenkaufkraft, Arbeitszeitverkürzung auf allen drei Ebenen. Und ein staatliches Beschäftigungsprogramm, das gefährdete Branchen - etwa der Stahlindustrie - die Umstellung ermöglicht auf gesellschaftlich wichtigen Gebieten die Nachfrage stärkt und unsere Wettbewerbsfähigkeit - etwa im Bereich der intelligenten Technologie - erhöht.

Ich mache keine leeren Versprechungen. Ich behaupte nicht, daß es leicht sein wird, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, aber ich sage, daß wir alles tun werden, was in unserer Macht steht, um mit dieser sozialen Krankheit fertig zu werden.

Darum heißt es in dem Programm für die ersten 100 Tage einer von mir geführten Bundesregierung:

Die Bundesregierung wird alle, die in der Bundesrepublik für die Erhaltung und die Schaffung von Arbeitsplätzen Verantwortung tragen, auffordern, gemeinsam einen Solidarpakt zu Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einzugehen. In diesem Zusammenhang wird die Bundesregierung

- sofort mit der Aufstellung eines Beschäftigungshaushaltes 1983 bis 1985 beginnen; dieser wird finanziert
  - o aus einer Ergänzungsabgabe zur Einkommenssteuer für die Besserverdienenden, die an die Stelle der sogenannten Zwangsanleihe tritt;
  - o aus dem Verzicht auf die geplante Wiedereinführung ungerechter Kinderfreibeträge, welche die höheren Einkommen einseitig begünstigen;
  - o aus einer Begrenzung der Vorteile aus dem Ehegatten-Splitting bei höheren Einkommen und
  - o aus einer Einschränkung ungerechtfertigter Vorteile bei den Steuerspar-Modellen;
- ein Sofortprogramm für die deutsche Stahlindustrie vorlegen, das auch die Steinkohle einbezieht, soweit sie durch die Stahlkrise betroffen ist,
- den Entwurf eines Arbeitszeitgesetzes einbringen, das die Regelarbeitszeiten verkürzt und die zulässigen Überstunden begrenzt und
- eine Konferenz zur Vorbereitung eines Solidarpakts einberufen.





Herr Genscher und Herr Lamsdorff sagen zu all dem Nein. Sie sagen, der Aufschwung stehe schon vor der Tür. Wir wären glücklich, wenn es so wäre, aber die Fakten bestätigen das nicht. Die Fakten lassen vielmehr erwarten, daß die Zahl der Arbeitslosen im Februar noch einmal deutlich ansteigt.

Immerhin sagt sogar das Handelsblatt in seiner heutigen Ausgabe, diese Prognosen verrieten noch sehr viel Glaube, Hoffnung und Liebe. Der Optimismus sei noch nicht fundiert. In diesen Zusammenhang gehört übrigens auch die Tatsache, daß die Mieten nach den offiziellen Angaben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden allein im Januar 1983 - also in einem einzigen Monat - um ein Prozent gestiegen sind. Das ist die höchste Steigerung seit vielen Jahren, und man kann sich leicht vorstellen, welche Steigerung da im Laufe des Jahres herauskommt, wenn die Verschlechterung des Mietrechts erst einmal richtig greift. Unsere Warnungen sind also jetzt schon voll bestätigt. Wer lügt da eigentlich, Herr Geißler? Ich meine, wir müssen unseren Widerstand gegen die Mietrechtsverschlechterung noch verstärken und daran erinnern, daß eine SPD-Regierung diese Verschlechterungen in den ersten 100 Tagen rückgängig machen wird.

Jetzt brüstet sich Herr Kohl damit, daß die deutsche Wirtschaft ihm für 1983 zugesagt habe, 685.000 Lehrstellen zur Verfügung zu stellen, das sind 50.000 mehr als 1982. Wir begrüßen die Zusage. Wir fragen allerdings, warum dies erst jetzt gesagt wird, und wir werden sorgfältig beobachten, ob die Zusage auch eingehalten wird. Im übrigen werden wir dafür sorgen, daß im Bereich der öffentlichen Arbeitgeber, aber auch bei überbetrieblichen Trägern zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Hier geht es nicht um Ordnungsprinzipien, hier geht es darum, daß junge Menschen so schnell wie möglich von der Straße kommen.

Das sind die wirklichen Themen. Darüber sollten die Parteien in einen Wettstreit der Argumente und des Handelns treten. Stattdessen redet die Union von Investitionsverweigerung und Kapitalflucht, und es gibt erste Anzeichen dafür, daß dieses Gerede Wirkung zeigt. So hat ein Unternehmer vor einem Arbeitsgericht in Süddeutschland einen Vergleich abgeschlossen, wonach ein türkischer Arbeitnehmer erst wieder eingestellt wird, wenn die Wahl im Sinne des betreffenden Unternehmers ausgeht, also wenn die Union weiter regiert. Und einzelne Verbände bestätigen, daß es Wahlvorbehalte bei Aufträgen gibt.

Die Repräsentanten der Wirtschaft haben sich gegen solche Vorbehalte und gegen die Kampagne der Union ausgesprochen. Das ist gut.

Aber das genügt offenbar nicht. Deshalb fordere ich Herrn Kohl noch einmal auf: Beenden Sie diese Kampagne; wer zum politischen Mißbrauch wirtschaftlicher Macht auffordert, der verstößt gegen die Prinzipien der Demokratie. Der reißt tiefe Gräben auf. Der gefährdet den sozialen Frieden. Was würde Herr Kohl eigentlich sagen, wenn die Gewerkschaften anfangen, für den Fall über Streiks nachzudenken, daß ihnen das kommende Wahlergebnis nicht passen würde? Was wir jetzt brauchen, ist nicht die verschärfte soziale Konfrontation und erst recht nicht der Klassenkampf von oben. Wir brauchen rasches, entschlossenes Handeln, damit die Arbeitslosigkeit nicht immer weiter steigt.

Deshalb rufe ich Euch auf: Sagt den Kolleginnen und Kollegen draußen, worum es geht. Macht von Eurem Recht als Betriebsräte Gebrauch, wenn Euch Fälle des Mißbrauchs politischer Macht bekannt werden. Prangert solchen Mißbrauch an. Vor allem, weist die Union in ihre Schranken. Kämpft darum, daß vom 6. März 1983 an wieder Politik im Interesse der Arbeitnehmer, Politik im deutschen Interesse möglich wird. (-/11.2.1983/hj/ca)

+ + +

